

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Die Verlagsbuchhandlung für das Erzgebirge, am Markt 20, Leipzig. Druck: Die Verlagsbuchhandlung für das Erzgebirge, am Markt 20, Leipzig. Preis: 1 Mark pro Quartal, 3 Mark pro Halbjahr, 10 Mark pro Jahr.

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 89

Mittwoch, den 17. April 1929

24. Jahrgang

Unannehmbare Zahlen

Die gestrige Vollziehung der Reparationskonferenz

In der gestrigen Vollziehung der Reparationskonferenz, die von 11 bis 12^{1/2} Uhr dauerte, wurde über den Charakter und die Bedeutung des am Sonnabend von den Delegationen der vier hauptreparationsberechtigten Länder der Konferenz übergebenen Memorandums gesprochen. Dabei hat die Konferenz festgestellt, daß es sich weder um ein Ultimatum noch um eine Diskussionsgrundlage handelt, sondern nur um einen interessanten Beitrag zum Konferenzthema. Es ist zu erwarten, daß noch weiteres Material zur Lösung des Problems der Konferenz übermitteln wird.

Zweckmäßig erschien. Niemand dachte sich jedoch in Berlin über den ganzen Ernst der Lage, die infolge der übertriebenen und unannehmbaren Vorschläge der Hauptgläubigerstaaten in Paris entstanden ist. Man betrachtet jedoch die verhängnisvolle und selbstbewußt herbeigeführte Zustimmung mit unerwarteter Ruhe selbst für den Fall, daß die zweite Daneskonferenz endgültig scheitert. Sämtliche Sachverständigen haben ein Interesse daran, daß ein offener und freier Bruch der Konferenz, ein klapperndes Aufsteigen, verhindert wird. Scheitert die Konferenz tatsächlich, dann werden die Männer der Finanz- und Wirtschaft schon einen Weg finden, um ein ruhiges Auseinandergehen zu ermöglichen, sei es, daß sie die Konferenz auf längere oder längere Zeit vertagen, sei es, daß sie den einen oder anderen Unteranspruch einlegen, sei es, daß sie einige oder mehrere Sachverständigen zum Ausarbeiten lassen oder sei es, daß sie einen höflichen Abschied ähnlicher Natur erfinden.

In den ersten zehn Nachkriegsjahren mußte sich das deutsche Volk immer wieder den Ultimaten der Gegenseite beugen. Demgegenüber haben sich unsere Verhältnisse außenpolitisch und innenpolitisch wesentlich geändert.

Die Drohung mit dem Danesplan verhängt nicht, da seine Unhaltbarkeit von den Amerikanern heute mit vollkommener Sicherheit erkannt wird. Auch der Räder der Rheinlandscheidung hat viel von seinem Reiz verloren, da in acht Monaten ohnehin die zweite Rheinlandscheidung zu räumen ist. Wenn wir unsere Zustimmung zur Umwandlung unserer politischen Kriegsschulden in kommerzielle Schulden geben sollen, wenn wir dabei gleichzeitig auf den Transferzuschuß zu verzichten haben, dann müssen diesen Verzichten und Opfern wenigstens gleichwertige Opfer der Gegenseite gegenüberstellen.

Die Sachverständigen der zweiten Daneskonferenz haben keine politische Entscheidung zu fällen, sondern auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage fassende Finanzvorschläge zu machen. Es ist schon so, wie der Zentrumsführer Dr. Kaas am Sonntag auf einer Breslauer Zentrumsversammlung sagte: „Was uns der Wirtschaftler nachweist, das wollen wir leisten. Aber wir wollen streng prüfen, wenn wir „nein“ sagen. Dann geschieht das nicht als Protest. Dieses Nein kommt aus dem inneren Geseh der Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit. Ich stehe auf dem Standpunkt: Biebet ein ehrliches Nein, als ein falsches Ja! Wie Dr. Kaas dürfte die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes denken und handeln.“

Zwischenkreditverhandlungen des Reiches

Der „Voll. Zeitung“ zufolge hat gestern vormittag in der Reichsbank unter Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Drexler eine Sitzung stattgefunden, an der die maßgebenden Vertreter der Berliner Großbanken und Privatbankhäuser teilgenommen haben. Es handelte sich darum, eine Aussprache über die künftige Regelung der finanziellen Bedürfnisse des Reiches herbeizuführen. Vor allem will man, wie schon früher, versuchen, bis zum Eingang der Staatsmittel von den Großbanken einen kurzfristigen Kontokorrentkredit zu erhalten. Nach den Informationen des Blattes hat die gestrige Sitzung noch keine endgültigen Beschlüsse gebracht.

Einigung in Mecklenburg-Strelitz

Die Bemühungen des nach Neustrelitz entlassenen Reichsbeauftragten Dr. Hähnisch haben zu dem Ergebnis geführt, daß sich die Sozialdemokratische Partei, die Demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, der Deutsche Bauernbund, die Volksrechtspartei und die Partei für Handwerk und Gewerbe zu einer Koalition zusammenschließen haben, die mit Ausnahme der Demokratischen Partei des Landtages umfasst. Die sozialdemokratische Fraktion wird den Staatsminister stellen, die übrigen unter der Führung der Volkspartei und der Demokraten zusammengefaßten Parteien werden dem Minister zwei parlamentarische Ministerialdirektoren beordnen.

Calentanzfahrten in der katholischen Kirche verboten

Die Nationalsozialistische Partei Rheinlands und Westfalens veranlaßt in Bochum ihren Parteitag. Programm-mäßig sollte ein Kirchgang, getrennt nach den Konfessionen, den Sonntag einleiten. Mit der Begründung, daß die Mitführung von Calentanzfahrten in einem Gottesdienste nicht statthaft sei, wurde jedoch den katholischen Nationalsozialisten der Eintritt in die Bochumer Propsteikirche verweigert.

Begnadigungsgesuch eines mexikanischen Rebellenführers

Die mexikanische Regierung antwortete auf das Anerbieten des Rebellenführers Rabatte, sich im Falle einer Begnadigung mit 6000 Mann zu ergeben, daß die Übergabe bedingungslos sein müsse.

Fremdenfeindliche Zwischenfälle in China

Nach einem Telegramm aus Tschangid im nordwestlichen Teil der Provinz Hunan kam es dort in der letzten Woche zu Ausschreitungen gegen die Fremden. Ein Inspektor der englischen „Asiatic Petroleum Company“ wurde von chinesischen Soldaten gefangen, erhielt einen Lanzenstoß in den Oberarm und blieb 18 Stunden, nackt, ohne Nahrung und Getränke, an einen Pfahl gebunden. Er konnte sich später befreien und die Wunden heilen. Das Geschäftshaus der Petroleumgesellschaft wurde geplündert und zerstört, desgleichen die katholische Mission. Nach den letzten Nachrichten sind jetzt die Soldaten abgezogen und die Fremden außer Gefahr.

Nach einem Telegramm aus Tschang (Provinz Hupei) wurden dort drei Mann der Besatzung des britischen Kanonenbootes Torn durch Schiffe verwundet, die am Ufer des Jangse abgeben worden waren.

Entwicklung des chinesischen Luftfahrtwesens

Die Curtiss-Robertson-Flugzeugbaugesellschaft in St. Louis teilt mit, daß sie 40 Flugzeuge und eine Anzahl ausgebildeter Piloten nach China senden werde, um dort einen Handels- und Postdienst mit Flugzeugen zu eröffnen. Die chinesische Regierung habe für diesen Dienst die Bürgerpflicht übernommen.

Der Ruf nach Abrüstung

Wieder vorbereitende Abrüstungskonferenz. — Der Typ der Sachverständigen. — Lloyd Georges Forderungen

Die vorbereitende Abrüstungskonferenz des Völkerbundes ist unter dem Vorsitzenden Loudons, eines ziemlich trockenen Diplomaten, am Montag zu ihrer letzten Sitzung zusammengetreten. Seine Einleitungsrede, die darauf hinauslief, daß die Welt von der ganzen Tagung nicht viel erwartet, weil eben „gewisse Mächte“ sich noch nicht einigen konnten, war vielsagend genug. Daß man in der Welt jedoch anderer Meinung ist, bewies den Delegierten, die an der Eröffnungsitzung teilnahmen, ein anderthalb Meter hoher Stapel von Briefen, die dringendst nach Abrüstung schrien und in solcher Massenhaftigkeit in Genf bisher noch nicht auftauchten.

Werden Sie auf die Delegationen der Großmächte Eindruck machen? Wir haben Grund daran zu zweifeln. Vor wenigen Tagen erst äußerten sich in der Londoner liberalen „Daily News“ zwei Sachverständige so über den nächsten Krieg, daß ihr Urteil schon Allgemeininteresse verdient. Der erste von ihnen, Kapitän Bernhard Acworth war selber 15 Jahre Unterseebootoffizier und lebt der Überzeugung, daß der Krieg auch heute noch immer die letzte Zuflucht einer christlichen und gottesfürchtigen Nation bleibt. Nach seiner Auffassung gehören die Flugzeuge, die feindliche Bomben abwerfen und große Städte in rauchende Trümmerhaufen verwandeln, nahezu ins Reich der Fabel. Die Erfahrungen des Luftkrieges während der Jahre 1914 bis 1918 sollten den Engländern vielmehr Vertrauen einflößen als Angst einjagen. Während der 103 Luftangriffe im Laufe des Weltkrieges litt die englische Bevölkerung weniger, als sie jetzt unter Verkehrsunfällen in einigen Monaten zu leiden hat.

Nahzu entgegengesetzter Auffassung ist Major Egbert Cadbury, der mit erstaunlicher Offenherzigkeit schreibt: „Der nächste Krieg wird mit einer Massenabflachtung der Zivilbevölkerung anfangen.“ Lange bevor die feindlichen Armeen aufmarschieren, werden Flugzeuggeschwader die feindlichen Hauptstädte und Industriegebiete besuchen und Tod und Vernichtung niederwerfen, nicht nur auf die kriegsfähige männliche Bevölkerung, sondern auch auf Frauen und Kinder, auf jung und alt, denen Keller, Untergrundbahnhöhlen und Tunnels keinen hinreichenden Schutz mehr zu gewähren vermögen. Eine der Möglichkeiten des Zukunftsrieges liegt darin, daß ein einziger Flugzeugführer von einer gemaltigen Höhe aus, die für Abwehrgeschäfte unerschwingbar ist, eine ganze Flotte von Flugzeugen drahtlos steuert und ihre Abwurfvorrichtungen für Bomben automatisch in Funktion setzen kann. Aus allen seinen Erkenntnissen zieht Major Cadbury aber nicht den Schluss, daß der Krieg ein sinnloses Verbrechen ist, das unter allen Umständen verhindert werden muß, sondern er sagt seiner Landsleuten, daß der nächste Wilhelm der Eroberer nicht im Schiff über See, sondern mit Aeroplanen durch die Luft nach England kommen wird, weshalb die Engländer ihre Abrüstungsgelder nicht so sehr für die Kriegsstärke als vielmehr zum Ausbau ihrer Luftstreitkräfte verwenden sollten.

Demgegenüber erinnert Lloyd George in seinem Sonntagsartikel daran, daß die Abrüstung ein wesentlicher Bestandteil der mit dem Völkerbundsplan verknüpften Politik war, was nicht vergessen werden darf. „Der deutschen Abrüstung hätte jene der Alliierten zu folgen.“ Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß die Alliierten das Vertrauen vollkommen

Kritische Stunden

Reparationskrisis in Paris. Scheinkonferenz in Washington. — Die Taktik der Anderen. Seine Haltung in Berlin.

Als der wahrheitsgemäße Zahlungsplan der Hauptgläubiger am letzten Freitag bekannt wurde, erregte er zunächst große Bestürzung. Es fiel auf, daß sich Engländer, Franzosen, Belgier und Italiener zu Forderungen verstiegen, die nur als politische Forderungen werden konnten, bei denen jedoch die Amerikaner und Japaner es ablehnen mußten, ihnen Befolgung zu leisten. Als Dr. Schacht den Zahlungsplan der europäischen Sachverständigen der Alliierten in Händen hatte, fehlte die Unterschrift Owen Youngs und Pierpont Morgans.

Es konnte sofort keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Vorschläge der vereinigten europäischen Hauptgläubiger durchaus politischer Natur sind und nicht auf den wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen beruhen, die für die freien und nichtgebundenen Sachverständigen bei der Festlegung der deutschen Reparationszahlungen allein hätten ausschlaggebend sein dürfen. Es mag dahingestellt bleiben, ob sie glauben, daß das Deutsche Reich in der Lage ist, diese Summen alljährlich für die gewünschten Zeiträume aufzubringen. Ihre Taktik dagegen ist offensichtlich. Sie machen diese außerordentlichen Vorschläge offenbar, weil sie sich hoffen, daß es für die deutschen Sachverständigen schwieriger sein würde, bei ihren niedrigen Vorschlägen zu verbleiben und daß ein etwaiger amerikanischer Vermittlungsvorschlag ihnen entgegenkommen müßte, wenn sie selbst ihre Reparationsforderungen möglichst hoch hinaufschraubten.

Dabei ist nicht verwunderlich, wenn die vereinigten europäischen Reparationsgläubiger Deutschlands, die Washington gegenüber vereinigte Reparationsgläubiger sind, gleichzeitig versuchen, einen finanziellen Druck auf die Vereinigten Staaten Nordamerikas auszuüben. Die Höhe und lange Dauer der von ihnen geforderten Jahreszahlungen war jedenfalls nicht bloß für die Deutschen berechnet, sondern auch auf die amerikanische Mentalität eingestrichelt. Ein Telegramm Owen Youngs an den neuen Präsidenten Garbert Hoover veranlaßte diesen, sofort eine vertrauliche Besprechung mit seinem Staatssekretär des Auswärtigen Stimson, dem Staatssekretär Mellon und den Reparationsfachverständigen Mills und Castle ins Weiße Haus einzuberufen. In Washington vermutet man, daß Owen Young antrage, ob die Vereinigten Staaten nicht ihren Reparationsanteil ermäßigen und den amerikanischen Finanzsachverständigen, Owen Young und Pierpont Morgan, hierdurch den Rücken gegenüber den ungeheuerlichen Forderungen der europäischen Hauptgläubiger stärken könnten. Man nimmt an, daß die Antwort auf diese etwaige Anfrage negativ ausfallen und sich in den nächstfolgenden amtlichen Äußerungen des Weißen Hauses in dieser Annahme bestärkt.

Die amerikanischen Sachverständigen in Paris machen kein Hehl daraus, daß sie sich mit den vorliegenden Vorschlägen nicht zu identifizieren wünschen. Ihre entschiedene Haltung verleiht ihre Wirkung auf die Regierungspresse in Paris und London nicht. Während diese nämlich noch am Sonnabend sich zurechtfinden gedürdet und den Anschein zu erwecken suchte, daß es auf der Grundlage dieser Vorschläge zu einer Einigung kommen könnte, schreiben die gleichen Regierungsblätter am Montag, daß die Vorschläge gar nicht so schlimm gemeint waren und nur als Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen dienen sollten. Ja, man hätte von vornherein nicht einmal erwartet, daß die deutschen Sachverständigen ihnen zustimmen würden und könnten.

In Berlin kennt man die Absichten Dr. Schachts und Dr. Bäckers nicht. Sie können in Paris nach freiem Ermessen handeln, weshalb es ihnen völlig freistehet, ob sie eine Reise nach Berlin und persönliche Rücksprache mit führenden Männern der Politik, der Finanz- und der Wirtschaft für